

Der Abend  
26. III. 1919

194

### Die Forderungen der Staats- gewerbeschulprofessoren.

In der gestrigen Vollversammlung der Gewerbeschulprofessoren, die von allen Wiener gewerblichen Staatslehranstalten vollzählig beschickt war, wurden die von dem vorbereitenden Ausschuss im Einbernehmen mit den Lehrkörpern beratenen Forderungen endgültig festgelegt.

Der Einberufer, Professor Dr. L. Pfeffer, bemerkte zunächst, daß die Frage der Besoldung vorläufig nicht angeschnitten werden solle, da sie nur im Zusammenhange mit der allgemeinen Gehaltsregelung aller Staatsangestellten gelöst werden könne. Mit um so größerem Nachdruck müsse die Bewilligung der ideellen Forderungen angestrebt werden. Die Zeit der Bitten sei endgültig vorüber.

Eine der wichtigsten Forderungen sei das Recht der Lehrer, sich als Zivilingenieure und Zivilarchitekten praktisch betätigen zu dürfen. Wie fruchtbar gerade für den technischen Unterricht die stete Fühlung des Lehrers mit der stets sich erneuernden und umbildenden Praxis sei, ist jedem klar geworden, nur nicht dem alten Ministerium für öffentliche Arbeiten. Es müsse aber auch endlich der Standpunkt fallen, daß der Unterricht an den Gewerbeschulen geringer eingeschätzt werde als an den Mittelschulen.

Unter stürmischem Beifalle fordert dann der Redner, daß Direktoren und Fachvorstände nicht mehr von der Unterrichtsverwaltung ernannt, sondern von den Lehrkörpern auf die Dauer eines Jahres gewählt werden sollen. Welch unerhörte Mißgriffe da vom Ministerium gerade in den letzten Jahren begangen worden sind, wie Unfähigkeit und Büttelhaftigkeit geradezu eine Voraussetzung für eine Direktorstelle zu sein schienen, zeigte er an einer Reihe drastischer Beispiele, die die verständnisvollste Zustimmung aller fanden. Unbedingt sei die Entfernung der Juristen aus der Unterrichtsverwaltung zu verlangen, ebenso die Ausschaltung des niederösterreichischen Landeschulrates als eines Verzögerungsrates (Seiterkeit) und die unwürdige Form der Lehrerqualifikation. Auch das Inspektionswesen sei neu zu regeln.

In der anregenden Aussprache wurden nur unwesentliche Änderungen beschlossen, worauf die vorgeschlagenen Forderungen einstimmig angenommen wurden.